

Dresdner Volkszeitung

Postfachkontor: Leipzig.
Boden & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkontor:
Geb. Arnhold, Dresden.

Aboressenspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.75 M., durch
die Post bezogen vierjährig 8.25 M., unter Kreisband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 12.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Weltinerplatz 10. Tel. 25281.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Weltinerplatz 10. Tel. 25281.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die ungepaarte Spalte 1.20 M., Familienanzeigen
1.00 M., die 2gepaarte Spalte 4.50 M. aufschließlich Interessanter. Bei
mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Interessant sind zu voraus zu bezahlen. Ohne Ver-
pflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefsicherlegung 20 Pf.

Nr. 4

Dresden, Mittwoch den 7. Januar 1920

31. Jahrg.

Vor einem Jahr

Zwischen den Tagen vom 5. bis zum 11. Januar zählt sich zum zweiten Male die Erinnerung an den Spartakusaufstand in Berlin. Die Unabhängigen waren jedoch aus der Regierung zurückgetreten, nur der Polizeipresident Eichhorn dachte nicht daran, sein Amt aufzugeben, sondern fuhr fort, die Kräfte zum gewaltsamen Widerstand gegen die Regierung und zu ihrem Sturz zu organisieren. Die Regierung wählte eine Entlassung aus und ernannte an seiner Stelle Eugen Ernst; er aber machte keine Miene, dem Befehl der Regierung Folge zu leisten, sondern fuhr fort, das Völkergericht als einen strategischen Rückzugspunkt für den linksradikalen Gewaltkampf auszuwählen. Seine Anhänger, die sich aus einem Teil der Kommunisten und der Unabhängigen zusammensetzten, nahmen seine Aktion als ein Signal, um zum bewaffneten Aufstand zu schreiten. Das Zeitungsviertel wurde überrumpelt, die Pressefreiheit unterdrückt und ein Sturm auf die Reichskanzlei verübt, der eigentlich nur durch die unbewaffneten Leiber aufgehalten wurde. Im Warstallgebäude wurde eine neue Regierung gebildet, bestehend aus Karl Liebknecht, Lebedowitsch und dem Vorsteher der revolutionären "Obleule" Paul Schöloß, die die neuvergebene sozialdemokratische Regierung für abgesetzt erklärte und an das Kriegsministerium die Rückforderung richtete, es möge sich ihr unterstellen. Die der Regierung zur Verfügung stehende bewaffnete Macht in Berlin war in jenem Augenblick außerordentlich gering, eine Woche lang dauerten die Kampfe, bis die von außen herbeigeholten Truppen dem Kaiserreich ein Ende bereiteten. Leider erwies sich auch hier, dass man den roten Terror nicht abläufen kann, ohne den höheren berufsbeschäftigten: Liebknecht und Rosa Luxemburg fielen als Gefangene ihnen zum Opfer.

Wie war es möglich geworden, doch es so weit kam, und welche Bedeutung hat der Januarkampf in der Geschichte der deutschen Revolution? Der sovorfeste Aufmarsch ließ sich datum nicht vermeiden, weil die äußerste Linke ihn plausibel herbeiführte und weil sie dabei nicht von vorneherein auf den nötigen entschlossenen Widerstand stieß. Nicht nur die Unabhängigen, auch die Sozialdemokraten in der Regierung vertraten zunächst den Standpunkt, dass die Regierungstruppen um keinen Preis feuern dürften. Die Sozialdemokraten änderten diesen Standpunkt erst dann, als ihnen am Tage vor Weihnachten gezeigt wurde, dass die Rote Armee im Warstall gefangen und im Leben sei nachdrücklich verloren. Jetzt entschlossen sie sich zu härteren Maßnahmen zu schreiten, die ihnen von dem damaligen Sekretär Walter Rathenau, dem jetzigen unabhängigen Entführer, durch einen besonders gut aufgenommenen Antrag, dessen er sich später zu seinen Kollegen rühmte, nahegelegt wurden.

Zusätzlich war es anders gewesen. Die Regierungssoldaten hatten strengen Auftrag, nicht zu schießen, und fanden daher einer fanatischen Angriffslosigkeit mit gebundenen Händen gegenüber. Auf diese Weise war die Macht der Regierung immer mehr zerrommert, bis der Überwurf der äußersten Linken ihren Wiederaufbau und ihre nachdrückliche Anwendung mit allen Mitteln erzwungen.

Es liegt nahe, sich zu fragen, was geworden wäre, wenn der Sturm auf die Reichskanzlei von Erfolg gekrönt worden wäre. Wäre dies etwa ein Sieg der Revolution gewesen? Die vernünftigen Kommunisten und Unabhängigen selbst befürchten das, sie erklären heute den Januarkampf für eine unrechte Bewegung und einen bloßen Putsch. Sie äußern darüber, wie sich erst später herausstellte, von damals innerlich gestopft, die Zentrale des Spartakusbundes und die Rechte der Unabhängigen verstanden zu haben, aber die blinde Verbündete Lebedowitsch, Liebknechts und anderer siegte über alle zündende Vernunft.

Später fanden sich die verschiedenen Richtungen der Linken wieder darin zusammen, dass sie der Regierung und dem Sozialdemokratischen Partei die harschsten Vorwürfe stellten, weil sie es nicht unterlassen hatten, den von den radikalsten Elementen der Linken selbst bekämpften sozialistischen Wahlkreis mit allen erreichbaren Mitteln entgangen zu lassen. An dieser Stellung der Linken steht ein gesetzliches Stück politischer Unechtheit, denn wenn man einräumt, dass der Januar-Kampf zu nichts Gute, dem Volk schädlich führte, so muss man auch die Pflicht der Regierung anerkennen, den aus ihm drohenden Schaden vom Volke abzuwehren.

Weiterer Schaden daraus hätte entstehen können, wenn der Gewalt herrschaft des alten Zaren Lebedowitsch gelungen wäre, sich in Berlin zu beseitigen und vorübergehend auf das ganze Reich auszudehnen, sonst keine Phantasie ausmalen. Zum hinter Lebedowitsch und seinen Gefährten stand in Wirklichkeit nichts als ein vor Lautend bewaffneter, zum Teil äußerst gewalttätiger Elemente, die Waffe des deutschen Volkes stand aber mit verblümten Ausnahmen gegen sie.

Mittlerweile ist es gelungen, das Verhältniswerk zu enden, dass jede Aenderung der Verfassung dem freien Willen des Volkes selbst, durch die allgemeine Volksabstimmung, ankommt. Diese Tatsache und die traurigen Erfahrungen des sozialen Krieges werden höchstlich der löslichen Wirtschaft ein für allemal ein Ende bereitet haben.

Gespannen muss sein!

Aus dem Berliner Völkergericht, der in den ersten Tagen der Revolution eine wichtige Rolle gespielt hat, waren schon

vor langem die Wochenschriften und Demokraten aufgetreten. Die zukünftigen Unabhängigen und Kommunisten hatten sich als "Vater Völkergericht" neu formulierte. Aber auch sie konnten nicht lange zusammen leben. Da diesen Leuten das Spalten der Angriff aller politischen Täglichkeit ist, so brachte der "rote Völkergericht" bald in seine Zuständigkeit, die U. S. S. und die R. P. D. einander. Nur unter dem Druck des damals herrschenden Völkergerichtsstandes kam eine notdürftige Einigung zustande. Aber nun, wo die Völkergerichtszwang aufgehoben ist, zeigt sich auch in diesem Punkte wieder, dass der so uncharakteristische Zustand den Linkenradikalen doch nicht unerhebliche Vorteile gebracht hat. Denn mit der sozialen Verwaltungsfreiheit ist auch die Spaltung im Handelsbereich wieder da. Der bekannte unabhängige Geldmänner hat ein neues Rätselstück ausgerollt, für das die Kommunisten nur Hohn und Spott haben, dass die Unabhängigen aber durchaus einkämpfen wollen. Die Rote Armee erklärt, dass die R.P.D. Freiheit bei der Einführung des Währungsmaßstabs, das sie eines in der Südblock geborenen Kommunisten nenne, die Konsequenzen ziehen müssten und aus dem Völkergericht austreten würden. Und diese habenden Sektierer, die nicht mal untereinander darüber einig werden können, was Rätselchen ist, wollen das Volk mit dem Rätsel bestimmen! —

Südostslawen und Italiener

Zürich, 7. Januar. Der gegenwärtig in Belgrad weilende Direktor der Epoca hält die Aussicht einer direkten Einigung zwischen Italien und Südostslawen für günstig. In Südostslawen habe man die Vorteile einer Einigung durchaus begriffen und die zweitlängste Stimme gegen Italien sei einer ernsthaften Würdigung der Lage gewichen.

Die Südostslawische Regierung hat die Würde eines Banus von Kroatien aufgehoben. Über diese Verfügung herrscht in Zagreb große Erbitterung, weil sie die Selbständigkeit der kroatischen Nation in Südostslawen stark verletzt.

d'Annunzios Helden

Basel, 6. Januar. Die Basler Nationalzeitung meldet aus Rom: Die Freiwilligen d'Annunzios in Fiume beschädigten das Eigentum der englischen, französischen und amerikanischen Regierung. Der englische und französische Konsul haben bei der italienischen Regierung Beschwerde eingereicht.

Die schwarzen Diamanten

Der Leiter der mitteleuropäischen Kohlenkommission, der amerikanische Oberst Rutt, weist wiederum in Katowitz, um hier wegen einer erhöhten Kohlengefahr für Wien bemüht zu sein. Wie verlautet, soll ihm dies auch gelungen sein. Eine Sitzung der mitteleuropäischen Kohlenkommission findet am 9. Januar in Katowitz statt.

Tarifverhandlungen der Eisenbahner

Die Tarifverhandlungen zwischen den Eisenbahnverwaltungen und den Gewerkschaften der Eisenbahner wurden am Dienstag wieder aufgenommen. Die sachliche Beratung gelangte bereits in einem wichtigen Punkte zu einem Ergebnis. Als oberste wirtschaftliche Kasse wurde eine solche vereinbart, in der ein Stundenlohn für einen Arbeiter von 24 Jahren auf 3.50 M. festgelegt wird. Darüber hinaus soll jedoch eine Abnahmeklasse allein für Berlin gebildet werden, in der dieser Lohn 3.60 M. betrügen soll. Die Dauer der Verhandlungen lässt sich noch nicht abschätzen, da sie nach dem Berliner Tagblatt durch neue beträchtliche Forderungen der Arbeitgeber, die in der wachsenden Tendenz begründet sind, sehr erschwert werden.

In Frankfurt a. M. haben sich die Arbeitsleistungen in den Eisenbahnwerkstätten wieder gehoben, weshalb von ihrer Einschätzung noch abgesehen wurde. Nach der Frankfurter Zeitung soll freilich von einer vollen Wiederannahme der Arbeit in den Frankfurter Werkstätten noch keine Rede sein. Es sei aber auch keine Verschärfung der Lage eingetreten, eher eine leichte Besserung. Die Hemmungen und Störungen auf dem Hauptbahnhof dauern immer noch an, momentan im Ostverkehr. — Am Mittwoch abend um 7 Uhr wurde infolge des Kohlennots der gesamte Frankfurter Straßenbahnbetrieb eingestellt. Auch erfolgten neue Einschränkungen für Gas und Elektrizität, die das Frankfurter Wirtschaftsleben erheblich beeinträchtigen.

Am Betrieb Elberfeld hat sich auf einer Reihe von Großbetrieben die Lage so zugespielt, dass es in Düsseldorf, Elberfeld, Hagen, Bochum u. a. zum Streik geformt ist. Der Betrieb ruht oder wird notdürftig weitergeführt. Der Führer des Elberfelder Heimatbundes soll nach der Röss. Ang. erklärt haben, dass er nicht gegen die Streikenden vorgehen werde, weil er deren Forderungen für berechtigt halte. Die Führer der Eisenbahnverbände, die eine Verantwortung für den Streik ablehnen, haben erklärt, dass Rollenarbeiten ausgeführt werden sollen. Das gewünschte aber nicht die Aufrechterhaltung der wichtigsten Transporte auch der Lebensmittelversorgungen. Das Fahrbpersonal sympathisiert mit den Streikenden.

Wie die Ostrauer Morgenzeitung, die zum Obersten Ruh beondere Beziehungen hat, meldet, werden Vertreter Frankreichs, der Tschechoslowakei, Polens, Italiens, Deutschlands und Amerikas daran teilnehmen.

Wie die Ostrauer Morgenzeitung aus Ententequellen mitteilt, soll in der zweiten Woche der Friedensverhandlungen die Tschechoslowakei gefärbt werden. Es dürfte vor einer Völkerabstimmung abgeschieben werden und das Tschechoslowakische Land unter gewissen Voraussetzungen der Tschechoslowakei zugeschrieben werden. Solen soll für den Vergleich sowohl in wirtschaftlicher wie in territorialer Beziehung, nun endlich durch Erweiterung der Grenze gegen Polen und Schlesien bestimmt werden.

Vor der endgültigen Abreise des Teschener Gebietes soll ein fürges Übergangsstatut mit internationalem Verwaltung geschaffen werden. Die Tschechoslowakei muss bindende Gütekosten für die Versorgung der angrenzenden Staaten mit Industriegerüsten des Ostrauer Karlsbader Reviers geben.

Die Südostslawische Friedensdelegation in Paris teilt mit, dass auf Verchluss des Rates der Verbündeten die Abgrenzung der Südmährer auf die Dauer von fünf Jahren endgültig zur Ausdehnung überlassen werden. Das Gebiet darf jedoch nicht militärisch besetzt werden.

Der Schatten des russischen Bären

Unter Kleine Niederländische Courant sagt Churchill über die "zurückhaltende Ratschlag" in England sprechend, der Schatten des russischen Bären erzeugt Unruhen in Indien. Die heitere Ratschlag setzen seit verschwinden und die Denkschriften in erster Gefahr. Ihre Vernichtung würde böse Folgen zeitigen, unter denen hauptsächlich England leiden würde. An diese Dinge müsse man denken, wenn man sich die Lage in Deutschland ansieht, welche Gefühle auch die Engländer hätten. Die Dienste eines großen Teiles der schwächeren und schwächeren menschlichen Rasse kann man nicht entziehen. Man müsse aufpassen, dass man sich nicht durch Deutschland irreführen lasse, dürfe es jedoch auch nicht bis zum äußersten treiben.

Die Weltgeschehnisse greifen ineinander wie die Zahnräder einer Uhr. Trotz des Totgegängen, aber scheinbar noch recht lebendigen Roten Heeres, furchtbare als durch ihre Waffen durch die Ideen, die sie verbreiten und die allen Menschen wie das Evangelium der Freiheit klagen müssen, stehen vor Indiens Toren. Die Gefahr, die England von Ihnen droht, läuft Churchill mahnen zur Hilfe gegen Deutschland. Danach scheint es fast, als könne Russland auch in anderer als bloß wirtschaftlicher Beziehung für uns das Land der Zukunft werden. Wenn den Vorstoß des Bolschewismus auf Indien gelingt, muss England alles daran liegen, Deutschland, dessen Fleiß und Rüstigkeit der englische Staatsmann ausdrücklich hervorhebt, nicht durch allzu starken Druck in das russische Lager zu treiben. So gewinnen die Ereignisse im Osten eine ungedeckte Bedeutung für Deutschland, und die Roten Garden kämpfen, wenn auch nicht, wie manche trauen, am Rhein, so doch im Herzen Asiens, für die Erledigung ja vielleicht gar die Auflösung des Schandfriedens von Verfaile.

Tarifverhandlungen der Eisenbahner

Auch in Köln brach in den Eisenbahnwerkstätten Köln-Mitte ein Streik aus, der aber bereits wieder erlosch, so dass heute früh die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Der Vorsitzende des Kölner Gewerkschaftsrates, der preußische Abgeordnete August Haas, sandte anlässlich des Eisenbahnstreiks an den Verkehrsminister Seifer und an den Finanzminister Sudelius folgendes Telegramm: "Eisenbahnarbeiter durch die geringe Lohngabe und den langsamem Gang der Verhandlungen sehr beansprucht, haben zwei Tage nicht gearbeitet. Engländer eingestritten. bitten dringend, Verhandlungen zu befortigen, die hier über die Ungerechtigkeit der legenden Wirtschaftshilfe sehr große Aufregung bestreift."

Eine Eisenbahnverhandlung in Breslau beschloß, sich dem Ultimatum der Nettowitzer Eisenbahner an den Eisenbahnminister anzuschließen, das dahin geht, dass bis spätestens 10. Januar die Annahme der Tarifforderungen durch den Eisenbahnminister zu erklären sei.

Die badischen Eisenbahner sind gestern ebenfalls mit neuen Forderungen an die badische Regierung herangetreten und haben beim Finanzministerium eine sofortige Lohnerhöhung von 100 Prozent verlangt.

Gehaltsbewegung in der Berliner Elektrizitätsindustrie

Berlin, 7. Januar. Die Angestellten der Elektrizitätsindustrie stehen in einer Lohnverhandlung. Sie verlangen einen Mindestlohn von 400 M. für Kaufmännische, von 460 M. für technische Angestellte. Die Verhandlungen sollen in dieser Woche beim Reichsarbeitsministerium stattfinden.

Die Eisenbahnerbewegung in England

London, 7. Januar. Aus vielen Orten kommen Berichte, dass die Eisenbahnervereinigungen mit den Vorstößen der Regierung nicht einverstanden sind. Die Vorstöße sind am Sonnabend und Sonntag in 25 Versammlungen besprochen worden. In 23 sind sie verworfen worden. Die Führer der Gewerkschaften